

Wildenberger Rundschau

Ausgabe Weihnachten 2021 - 3/2021

Dynamik der Pandemie sorgt für Hektik / Kampf gegen Corona geht weiter

Liebe Wildenbergerinnen und Wildenberger,

die Pandemie sorgt für große Hektik in der Politik. Das neue Infektionsschutzgesetz des Bundes wurde kürzlich verabschiedet, schon will man wieder an ihm feilen. Vor allem ist klar geworden: Es braucht einen „Wellenbrecher“. Bayern ist ja aktuell fast Spitzenreiter in Deutschland, was die Corona-Neuinfektionen angeht. Die Impfquote hängt leider hinterher, diesbezüglich muss mehr passieren. Als oberste Zielsetzung muss dabei gelten, wir wollen keine Lockdowns mehr für die Wirtschaft, Lockdown in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sollen verhindert werden. Nur flächendeckendes 2G und entsprechende Hygienekonzepte bieten adäquate Möglichkeiten, um mit der Situation korrekt umzugehen.



Als oberste Zielsetzung muss dabei gelten, wir wollen keine Lockdowns mehr für die Wirtschaft, Lockdown in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sollen verhindert werden. Nur flächendeckendes 2G und entsprechende Hygienekonzepte bieten adäquate Möglichkeiten, um mit der Situation korrekt umzugehen.

Aus diesem Grund bin ich froh, dass es für die Bevölkerung auch am 21. Dezember noch auf dem Parkplatz der Gemeindekanzlei im Impfbus die Möglichkeit gibt, sich impfen zu lassen. Ich finde es toll, dass der Impfbus zu uns kommt und wir nicht weiß Gott wohin zum Impfen fahren müssen. Sie brauchen in Wildenberg keinen Termin, Sie können einfach in der Zeit zwischen 11.00 Uhr und 18.00 Uhr an dem besagten Termin vorbeikommen.

Welche Einschränkungen wird es im Freistaat geben?

Voraussichtlich wird es neben Kontakteinschränkungen für Nichtgeimpfte laut Politik die 2G und die 2G plus Regeln deutlich verschärft und ausgeweitet geben. Beispielsweise dürften dann künftig nur noch Geimpfte und Genesene körpernahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Auch für die Hochschulen, Volkshochschulen oder Fahrschulen gelten die strengeren Maßnahmen. Ausgenommen bleibt der Handel bei 2G. Allerdings wird die 10 qm Regel pro Kunde wieder kommen. Außerdem soll 2G plus auf alle kulturellen und sportlichen Veranstaltungen ausgeweitet werden. Dort gibt es eine Obergrenze von 25 %, nur noch ein

Viertel der Besucher sind erlaubt. Dies gilt auch für alle Freizeiteinrichtungen und Messen.

Was wir alle schon gehört haben, wegen der dramatischen Infektionslage wurden sämtliche Weihnachtsmärkte in Bayern abgesagt. Clubs, Bars und die gesamte Nachtgastronomie wurden wieder geschlossen. Besonders massive Schließungen in den Bereichen der Gastronomie, Hotellerie, Sport, Kultur oder bei Friseuren wird es für einige Wochen bei Inzidenzen über 1.000 geben

Vierte Coronawelle trifft uns hart

Auf Grund politischer Versäumnisse trifft uns die vierte Coronawelle besonders heftig. Hier kann man nur hoffen, dass das kontraproduktive Verhalten unterschiedlicher Parteien endlich ein Ende nimmt und mit den geschnürten Maßnahmenpaketen alle demokratischen Parteien an einem Strang ziehen werden. Die vierte Welle unterscheidet sich nämlich wesentlich von den bisherigen Wellen. Die Virusmutation der Deltavariante ist deutlich aggressiver und ansteckender. Gerade deshalb wurde von vielen die Geschwindigkeit und Dynamik der Entwicklung der vierten Welle noch vor Wochen nicht erkannt, auch von Experten nicht. Unser großes Problem ist, dass nun in ganz Bayern eine komplette Überlastung des Gesundheitssystems eingetreten ist. Dabei gehe es um die gesamte Gesundheitssituation mit verschobenen Operationen und Abverlegungen in weit entfernte Krankenhäuser. Söder betont deshalb, es braucht jetzt Solidarität, Pflegekräfte und Mediziner, welche sich an vorderster Front gegen das Virus stemmen.

Bewusste Ausnahmen soll es geben

Auf Erfahrungen vieler Wellen wird zurückgegriffen. Schulen und Kitas sollen nicht wieder geschlossen werden. Jetzt heißt es: Es ist nicht das zu tun, was man will, sondern es ist das zu tun, was notwendig ist. Die CSU in Bayern habe deshalb nie das Thema Vorsicht verlassen: Wir haben als letzte geöffnet und als erste verschärft, so zitierte kürzlich Ministerpräsident Markus Söder. Für die Zukunft ist wichtig, dass wir versuchen, dass wir vor die Welle kommen und nicht immer hinterherlaufen.

Ist Impfpflicht eine Notwendigkeit?

Verschiedene Politiker in den unterschiedlichen Ländern erneuern derzeit den Wunsch, eine Impfpflicht einzuführen und darüber durchaus eine breite Debatte zu führen. Die aktuelle Situation zeige die Wirkung der



Impfung: Bei Ungeimpften liegt die Inzidenz über 1.000, bei Geimpften über 100. Deshalb ein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger: Lassen Sie uns auch künftig zusammen halten, lassen Sie uns gemeinsam einen entschlossenen Kampf gegen Corona führen. Das Thema Corona ist eine echte Herausforderung für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir sollten gemeinsam alles tun, damit wir gesund bleiben und auch das normale gesellschaftliche Leben wieder wie noch vor ein paar Jahren führen können. Wünschen wir uns gegenseitig das Allerbeste und bleiben dabei hoffentlich alle gesund.

Winfried Roßbauer
CSU-Ortsvorsitzender
Bürgermeister

Europa braucht eine starke bürgerliche Mitte

Liebe Wildenbergerinnen und Wildenberger,

Europas Erfolgsgeschichte hat einen Namen: bürgerliche Mitte. Bei aller heutigen Europarhetorik von Rot-Grün darf eins nicht vergessen werden: die politische Linke wollte unser heutiges Europa nicht. Es waren CDU und CSU mit ihren bürgerlichen Schwesterparteien, die gegen massive Widerstände die heutige Europäische Union geschaffen haben. Sozialdemokraten hatten zu Beginn nicht nur die deutsch-französische Aussöhnung kritisiert, sondern massiv eine europäische Zusammenarbeit bekämpft, indem sie die Montanunion, den Schuman-Plan und auch eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit abgelehnt hatten.

Die Grünen stimmten sogar noch in den 1980er und 1990er Jahren gegen den europäischen Binnenmarkt und zogen vor das Bundesverfassungsgericht. Trotz aller Widerstände hielten Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß, Helmut Kohl und Theo Waigel Kurs. Sie schufen keinen europäischen Superstaat und auch keine Schuldenunion, sondern eine Werteunion, die für ganz Europa Demokratie und Rechtsstaat, eine soziale Marktwirtschaft, eine klare Sicherheitspolitik, eine stabile Währung, soziale Verantwortung und eine lebenswerte Vielfalt der Regionen garantiert.

Den europäischen Kompass besitzt nur das Original: die EVP. Die Populisten von rechts und links wollen Europa zerstören. Die politische Linke wollen Europa schwächen. Handel, Grenzschutz, Terrorismusbekämpfung, Innovation, eine moderne Digitalpolitik, Verteidigung, ja auch ihr Umgang mit Russland zeigen: Auch heute noch fremdeln große Teile von SPD und Grüne mit einem starken Europa.

Das Jahr 2021 ist sicherlich kein erfolgreiches Wahljahr für CDU und CSU gewesen. Die Notwendigkeit für eine kraftvolle bürgerliche Mitte in Europa besteht aber dennoch mehr denn je, gerade weil wir das Kanzleramt verloren haben. Es ist das erste Mal in der Geschichte der EU, dass die EVP in keinem großen Mitgliedsstaat mehr einen Regierungschef stellt. Im Europäischen Rat sitzt die politische Linke an den Hebeln der Macht. Im Europäischen Parlament und auch in der Europäischen Kommission kann allerdings gegen die EVP nicht regiert werden. Diese Chance werden wir entschlossen, geeint und zukunftsorientiert nutzen. Wir dürfen Europa nicht blockieren, aber gleichzeitig den europäischen Staats- und Regierungschefs nicht alles durchgehen lassen. Der Green Deal ist wichtig, aber Europas Zukunft entscheidet sich nicht nur in der Klimapolitik, sondern auch in unserer künftigen Wirtschaftspolitik, in unserem sozialen wie regionalem Zusammenhalt und in der Sicherheitspolitik. Gleichzeitig muss Europa endlich Antworten auf eine politische wie auch wirtschaftliche Weltordnung finden, ansonsten werden China und die digitalen Großunternehmen Fakten schaffen.



Europa muss Kurs halten. Ohne zukunftsorientierten Handel, ohne eine stabile Währung, ohne eine massive Verschuldung, ohne einen handlungsfähigen Grenzschutz, ohne moderne Rahmenbedingungen für die Digitalwirtschaft, und auch ohne einen ambitionierten Innovationschutz, d.h. ohne die EVP, wird Europa auf eine abschüssige Bahn geraten. Das Jahr 2022 muss das Jahr des programmatischen Aufbruchs der EVP werden. Nur mit klaren Konzepten werden wir dem Linksbündnis in den europäischen Hauptstädten die Stirn bieten können. Wir wollen ein Europa, das die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr 2022, mit Glück, Gesundheit und Gottes Segen!

Ihr

Manfred Weber, MdEP
EVP-Fraktionsvorsitzender
Stellv. CSU-Parteivorsitzender

Blühlandschaften am Wegrand

(von Simone Grim)



Verkehrinseln und Wegränder gelten als gute Möglichkeit, Blühflächen zu vermehren. Richtig angelegt können sie einen Beitrag zur Pflanzenvielfalt leisten, sind optisch anspruchsvoll und pflegeintensiv. So tragen viele sinnvoll bepflanzte Miniflächen zur Klimaverbesserung bei mit standortgerechten Pflanzen. Bevorzugt solche, die schon früh blühen, keinen Rückschnitt brauchen und eine große Fernwirkung haben. Dies kann über die Blüten oder die Blätter sein. Wir möchten auch dazu beitragen und im nächsten Frühjahr mit Kindern aus unserer Gemeinde im Umfeld der Gemeindeganzlei eine Blühfläche anlegen und so Insekten und Pflanzen mehr Lebensraum bieten.

Effiziente Förderung der Kommunen / Förderdschungel entzerren

(von Winfried Roßbauer)

Viele kommunale Aufgaben aus der Gesetzgebung der höheren politischen Ebenen sind echte Herausforderungen. Mit dieser Übertragung der Verantwortung entsteht den Kommunen ein organisatorischer und trotz des Konnexitätsprinzips immer wieder auch ein finanzieller Mehraufwand.

Vor allen Dingen die Landkreise und Bezirke spüren im Gesundheits- und Sozialbereich die steigenden Mehrbelastungen durch die Aufgabenübertragung.

Schnelle Förderprogramme unterstützen

Der Staat hat in der Corona-Pandemie mit zielgerichteten Unterstützungen für Kommunen, Unternehmen und Privathaushalte unter Beweis gestellt, dass schnelle Förderprogramme mit großen Finanzsummen eine effektive Unterstützung in Krisenzeiten sind. Trotz alledem muss die Politik immer wieder den Blick darauf richten, ob wir das Potential von Förderprogrammen effizient ein- und umsetzen können. Wenn man die aktuelle Förderlandschaft betrachtet, gibt es noch einige offene Baustellen. Der organisatorische

Aufwand für die Förderanträge, gerade für kleinere Kommunen, ist oft viel zu hoch. Nicht selten muss deshalb dafür ein erheblicher zusätzlicher Personalaufwand seitens der Behörde betrieben werden. Der Förderdschungel ist noch zu undurchsichtig bei der Vielzahl von Programmen. Viel zu komplex sind auch die Fördervoraussetzungen und zu gering ist oftmals das Förderergebnis im Verhältnis zum Aufwand der Kommunalverwaltungen.

Geld für Investitionen statt Personalkosten

Gerade im Sinne der Nachhaltigkeit sollte statt vieler einzelner Fördertöpfe langfristig in eine gute Grundausstattung der Kommunen investiert werden. Kommunalverwaltungen brauchen eine konsequente Vereinfachung und klare Entbürokratisierung des gesamten Förderwesens. Somit würden finanzielle Mittel für Investitionen statt für Personalkosten genutzt werden können. Ich wünsche mir deshalb Förderprogramme, die schnell, effektiv und unbürokratisch sind.

Erneuerbare Energien Erfolgsgeschichte? Energiewende ein gesamtgesellschaftliches Projekt?

(von Janik Atzenbeck)

Schon in wenigen Jahren soll Strom aus Wind und Sonne den größten Teil unseres Energiebedarfs in Bayern decken. Hierfür stellt die neue Bundesregierung hoffentlich rasch die richtigen Weichen. Der Ausbau erneuerbarer Energien galt in Deutschland bis vor wenigen Jahren als Erfolgsgeschichte. Immerhin decken inzwischen erneuerbare Energien mehr als die Hälfte unseres Strombedarfs. Der Ausbau verdankt sich einer Bürgerbewegung: Rund 40 % der installierten Leistung an erneuerbarer Energie geht auf Projekte von Bürgerinnen und Bürgern zurück. Aus diesem Grund ist die Energiewende mehr als ein rein technischer Prozess, sie ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

Erneuerbare Energien können überall und von verschiedensten Akteurinnen erzeugt werden, von der gemeinschaftlich betriebenen Solaranlage genauso wie einem genossenschaftlichen Windpark oder einer privaten Solaranlage auf dem eigenen Dach.

Ist dezentral ein Vorteil?

Zwischenzeitlich gibt es viele technische Möglichkeiten. Nun muss die gesellschaftliche Umsetzung weiter vorangetrieben werden. Privatpersonen, Stadtwerke oder auch Energiegenossenschaften sollten eigenen Ökostrom und Ökowärme im Ort, im Stadtteil und in der Region erzeugen, speichern und nutzen können. So ein dezentrales Energiesystem in Bürgerhand fördert nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern auch ökonomisch stabile Kommunen. Sie führt zu mehr Gerechtigkeit bei Produktion und Verbrauch des Allgemeingutes Energie. Wenn jemand die Energiewende selbst gestaltet, geht er sicher auch sparsamer damit



um. Dabei entsteht ein persönlicher Bezug zu der gemeinsam gewonnenen Energie. Akzeptanz und Teilhabe verbinden sich.

Laut EU: Revolution

Eine dezentrale Energiewende bietet neben dem sozialen Aspekt vor allem auch Vorteile für den Naturschutz. Wie zahlreiche Studien zeigen, sind dadurch große Infrastrukturen, wie quer durchs Land geführte Hochspannungsleitungen – durchaus vermeidbar. Es wird dann auch weniger Natur zerstört. Je näher die Menschen am Verbrauch der erneuerbaren Energie sind, desto weniger muss überregional ausgeglichen werden. Zwischenzeitlich spricht die EU von einer Revolution und plant die Bürger und Bürgerinnen und deren Rechte ins Zentrum ihrer Regulierung des Energiemarktes zu stellen.

In ihrer Richtlinie zu erneuerbaren Energien hatte die EU gefordert, dies bis Mitte 2021 in nationales Recht umzusetzen. Das zeigt, dass die EU das Potenzial einer Energiewende in Bürgerhand erkannt hat. Man kann nur hoffen, dass die neue Bundesregierung schnell viele Hürden und Hemmnisse abbaut, die gerade kleinere Marktakteure untergraben und damit die gesellschaftliche Beteiligung am Gemeinschaftsprojekt Energiewende blockiert.

Eigene Gemeinde-App in Wildenberg

(von Noah Atzenbeck)

In Wildenberg und in weiteren VG-Gemeinden gelangen die Bürger jetzt schneller an Informationen über die neue von der Gemeinde eingeführte Wildenberg-App.

Vereine und kommunale Institutionen stellen ihre Informationen zur Verfügung, der Nutzer erhält kurze Zeit später eine Nachricht über die Gemeinde-App. Bislang wurden Nachrichten und Informationen hoffnungsvoll an die Heimatzeitungen weitergegeben, oft hat man vergebens auf die Veröffentlichung gewartet.



Des Weiteren wurden Aushänge in den gemeindlichen Aushangkästen angebracht. Der Publikumsverkehr an den Aushangstellen hat aber im Laufe der Zeit rapide abgenommen und diese Art der Veröffentlichung alleine ist deshalb heute wohl nicht mehr zeitgemäß. Vor allen Dingen die jüngere Generation vertraut vielmehr auf ihre Handys. Jetzt können auch kurzfristig Informationen an die Bürgerinnen und Bürger gelangen.

Dass sich der Gemeinderat von Wildenberg für diese eigene App entschieden hat, kommt damit den Bürgerinnen und Bürgern schnell zu Gute. Die neue Plattform soll die Kontaktaufnahme auch zu den Jugendlichen vor Ort fördern.

CSU-Neujahrsempfang 2022 mit Staatsministerin Gerlach ist abgesagt

(von Winfried Roßbauer)

Leider muss der am Sonntag, 16. Januar 2022, geplante Neujahrsempfang des CSU-Ortsverbandes Wildenberg aufgrund der aktuellen Corona-Lage abgesagt werden. Die bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, MdL, hat aber – sofern es terminlich geht – ihren Besuch für den Neujahrsempfang im Januar 2023 in Aussicht gestellt.



Es ist Zeit, Zeit für Frieden, Zeit für Stille.
Es ist Zeit, Zeit für Hoffnung, Zeit für Gnade.
Es ist Zeit, Zeit für Freude, Zeit für Liebe.
Zeit für Weihnachten.

Ich wünsche Ihnen von Herzen eine frohe und besinnliche Adventszeit und schon heute ruhige und erholsame Weihnachtsfeiertage.

W. Roßbauer

Ihr
Winfried Roßbauer
CSU-Ortsvorsitzender
Bürgermeister

